

## Schwerpunkt Coronavirus in Liechtenstein

**Erschwerte Bedingungen  
Unterstützung für  
Kulturschaffende**

VADUZ Kulturstätten wie Theater oder Museen sind geöffnet. Veranstaltungen dürfen stattfinden. Künstler und Musikkapellen dürfen auftreten. So weit die Theorie. In der Praxis ist es für grössere Gruppen kaum möglich zu proben. Essen und Trinken ist verboten. Veranstaltungen und Konzerte werden oft abgesagt. Weil das Gesellige fehlt, weil die Künstler fehlen, weil das Publikum fehlt. Insbesondere im professionellen Bereich ist diese Lage mit finanziellen Einbussen und Existenzängsten verbunden. Daher soll auch der Kultur-Wirtschaft geholfen werden. Kulturministerin Katrin Eggenberger kündigte gestern an, dass Kulturschaffende und Stätten im Massnahmenpaket für die Wirtschaft unterstützt werden sollen, sofern sie denn anspruchsberechtigt sind. Absagen lägen nämlich grundsätzlich in der Verantwortung der Organisatoren. Jedoch sei das Kulturministerium dabei, auszuloten, «wie zusätzliche Unterstützungsleistungen für Kulturschaffende aussehen könnten», so Eggenberger. (ds)

**Hemmschwelle  
Nur zögerlich  
zum Coronatest?**

VADUZ Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini beklagt, dass sich Coronainfizierte nicht bereits bei leichten Symptomen testen lassen. Zum Teil werde mehrere Tage zugewartet, bis man sich zu einem Test durchringt. Auf die Frage, woran das liegen könnte und ob der Staat hier eventuell eine vorhandene Hemmschwelle abbauen könnte, sagte Pedrazzini: Es sei wie immer in dieser Jahreszeit. Oft habe man ein Kratzen im Hals. Deswegen renne aber noch niemand zum Arzt. «Aber jetzt haben wir spezielle Umstände.» Man solle sich bereits bei leichten Symptomen testen lassen – oder zumindest grösste Vorsicht walten lassen. Insbesondere, wenn man den Verdacht habe, sich angesteckt zu haben. Ein Anreiz zum Test sei auch, dass man danach wenigstens Gewissheit habe. (ds)

**Contact Tracing: St. Gallen knickt ein, Folgen für Liechtenstein unklar**

**Eindämmung** Im Kanton St. Gallen muss ein wichtiger Pfeiler der Eindämmungsstrategie aufgegeben werden. Das Contact Tracing ist wegen der steigenden Fallzahlen überlastet. Die zugespitzte Lage im Nachbarkanton betrifft auch Liechtenstein.

VON DAVID SELE

**C**oronainfizierte im Kanton St. Gallen müssen ihre Kontaktpersonen künftig selbst informieren, dass sie diese womöglich angesteckt haben. Das Contact Tracing im Kanton ist komplett überlastet. In dieser Woche mussten rund 3000 Infizierte und rund 7000 Kontaktpersonen betreut werden. In der Vorwoche waren es rund 1100 Infizierte und rund 4000 Kontaktpersonen gewesen.

Nun müssen die Ressourcen gebündelt werden. So werden sich die Contact-Tracer im Kanton auf die Betreuung der Infizierten konzentrieren. Es sei wichtig, dass diese innert 24 Stunden über ihre Infektion informiert werden. Die Infizierten werden weiterhin in Isolation geschickt. In Quarantäne müssen jedoch nur noch enge Kontaktpersonen, die im selben Haushalt leben. Für enge Kontaktpersonen ausserhalb des Haushalts wird die Quarantänepflicht ab November aufgehoben. Sie seien einfach aufgefordert, das zu tun, was ohnehin alle tun sollten: konsequent Abstand halten, Maske tragen und die Hygieneregeln einhalten. Sofern möglich, sollen diese Personen im Homeoffice arbeiten. Wenn leichte Symptome auftreten, müssen sie zu Hause bleiben und einen Test machen.

**Erfolgsmodell Quarantäne**

Damit ist in St. Gallen eine Situation eingetreten, die in Liechtenstein gefürchtet wird. Die Quarantäne für



Wer, wann, wie und mit wem? Dieser Frage wird in St. Gallen nicht mehr konsequent nachgegangen. (Illustration: SSI)

Kontaktpersonen sei ein Erfolgsmodell, betonte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini gestern an einer Pressekonferenz einmal mehr. Alleine von dem am Montag gemeldeten neuen Fällen, habe es sich bei fast der Hälfte um enge Kontaktpersonen gehandelt. Sie befanden sich bereits in Quarantäne und konnten somit niemand weiteren anstecken. Die Ansteckungsketten konnten unterbrochen werden. Folglich will Liechtenstein an der Quarantänepflicht festhalten, «auch wenn das Contact Tracing mit sehr grossem Aufwand verbunden ist», wie Manuel Frick, Generalsekretär im Gesundheitsministerium, gegenüber dem «Volksblatt» erklärt.

**Informationsfluss leidet**

Weiter sagt Frick, es könne derzeit noch nicht gesagt werden, wie sich St. Gallens Abkehr von der etablierten Praxis auf Liechtenstein auswirkt. Zumindest auf den ersten Blick zeichnet sich jedoch eine direkte

Auswirkung ab. Contact Tracing muss grenzübergreifend funktionieren. Schliesslich pflegen Schweizer und Liechtensteiner rege Kontakte – und durchaus auch «enge». Bislang werden Liechtensteins Behörden von den Schweizern informiert, wenn ein Einwohner Liechtensteins als enge Kontaktperson eines St. Galler Infizierten genannt wird. In der Folge wurde der Liechtensteiner unter Quarantäne gestellt. Nun werden Liechtensteins Behörden wohl keine Kenntnis mehr von so einem Fall erhalten. Unklar ist jedoch noch, welche Verpflichtung Liechtensteiner künftig haben, wenn sie erfahren, dass sie Kontaktperson eines St. Galler Infizierten sind.

**St. Gallen verschärft**

Zunächst machte es den Anschein, dass St. Gallen keine weiteren Coronamassnahmen will. In der vergangenen Woche hat sich die Situation im Kanton nun aber nochmals deutlich zugespitzt. Auf das vom Bund

vorgegebene Minimum hat die Kantonsregierung nun eine weitere Verschärfung draufgelegt: Besuchsverbot in Spitälern, Maskenpflicht für Oberstufenschüler. Nicht mehr erlaubt ist zudem das Singen, und der Sportunterricht findet nur noch in Halbklassen statt. Aber: Die Gastronomie bleibt offen.

**Pedrazzini: Haben es in der Hand**

Aus Liechtensteiner Sicht kaum nachvollziehbar. Es stellt sich die Frage, ob Liechtenstein die Fallzahlen überhaupt senken kann, wenn der Nachbarkanton nicht mitzieht. «Ja, ich denke schon, dass wir das in der Hand haben», sagt Mauro Pedrazzini. Dies bedinge jedoch, dass sich die Liechtensteiner nicht nur an die Massnahmen halten, sondern auch nicht ins Ausland ausweichen, um diese zu umgehen. Pedrazzini: «Wir haben massiv eingegriffen. Und es stimmt mich tröstlich, dass wir seit Kurzem nicht mehr jeden Tag neue Rekordwerte verzeichnen.»

**Keine Demonstration angemeldet**

«Bürgerspaziergang» Für Sonntag ist keine Coronademonstration angemeldet. Auf allfällige Aktivitäten auf dem Peter-Kaiser-Platz werde die Polizei verhältnismässig reagieren.

VON DAVID SELE

Viele Veranstalter haben in den vergangenen Wochen und Monaten hohen Aufwand betrieben, um coronakonforme Anlässe durchzuführen. Auch eine Demonstration fand statt: Die Jugendlichen der Klimaorganisation Liechtenstein hatten um eine Bewilligung angesucht und konnten ihre Demonstration unter Einhaltung eines strengen Schutzkonzepts auf dem Peter-Kaiser-Platz durchführen.

Auf demselben Platz wurde an den vergangenen beiden Sonntagen auch gegen die Coronapolitik der Regierung demonstriert. Allerdings ohne Bewilligung. Dies nicht etwa, weil die Regierung ein entsprechendes Gesuch abgelehnt hätte – sondern es wurde erst gar keines gestellt. Etwa 100 Personen versammelten sich zuletzt vor dem Regierungsgebäude – nach eigenen Angaben spontan. Abstand oder Masken spielten eher keine Rolle, wie Bilder belegen.

Auch für den morgigen Sonntag ist bis gestern Nachmittag nicht um eine Bewilligung für eine Demonstration angesucht worden, wie die Regierungskanzlei auf Anfrage bestä-

tigte. Dieser Stabsstelle würde auch die Einschätzung obliegen, ob es sich überhaupt um eine bewilligungspflichtige Veranstaltung handelt und unter welchen Auflagen die Bewilligung erteilt werden kann. Wie Justizministerin Katrin Eggenberger gestern stellvertretend für die Innenministerin ausführte, würde dies unter anderem von der zu erwartenden Teilnehmerzahl abhängig gemacht. Sofern die Gesetze eingehalten werden und die Sicherheit gewährleistet sei, werde immer eine Bewilligung erteilt.

Im speziellen Falle des Peter-Kaiser-Platzes spiele es aber ohnehin keine Rolle, ob eine Veranstaltung bewilligungspflichtig ist. Für dessen Benützung sei so oder so eine Genehmigung der Regierungskanzlei und somit eine Anmeldung nötig.

**Kein Interesse an Bewilligung**

Die Initianten des sogenannten «Bürgerspaziergangs» legen jedoch offenbar Wert darauf, ihre Aktion ohne Bewilligung durchzuführen. Dies geht aus Chatprotokollen des Messengerdienstes Telegram, wo die Aktion aufgelegt wurde, hervor. Dort kommunizierte ein mutmasslicher Initi-

ant kürzlich eine Art Leitfaden für Teilnehmer. Darin heisst es unter anderem: «Freundlichen Polizisten werde ich Red und Antwort stehen und mit Überzeugung aussagen, dass ich als Einzelperson einen Spaziergang mache und an Gedenken an das Unrecht, das aktuell geschieht, eine Kerze anzünde. Falls ich gefragt werde, wer das organisiert hat, sage ich nur, dass ich die Idee, eine Kerze anzuzünden gut finde und aus eigenem Willen entschieden habe, alleine oder mit meiner Familie herzukommen. Mir ist nicht bewusst, dass es irgendeinen Organisator geben sollte.»

**Duldung möglich**

Grundsätzlich wäre die Landespolizei in der Pflicht, einzuschreiten, wenn eine Veranstaltung nicht gemäss den demokratisch legitimierten Regeln durchgeführt wird. Rigoroses Vorgehen gegen den «Bürgerspaziergang» – sollte er kommenden Sonntag erneut stattfinden – ist aber eher nicht zu erwarten. Die Massnahmen der Landespolizei müssen verhältnismässig sein. Folglich sei es auch möglich, dass eine nicht bewilligte Veranstaltung geduldet wird, erklärte Katrin Eggenberger.

**Besuche in Pflegeheimen bleiben erlaubt****Regierung arbeitet an Lösungen für den Ernstfall**

VADUZ Besuche in Alters- und Pflegeheimen sollen weiterhin möglich sein. Das bekräftigte Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini gestern vor den Medien. «Im Moment haben wir eine gute Situation in den Pflegeheimen. Die Regeln werden von den Besuchern gut eingehalten.» Solange das so bleibe, bestehe keine Notwendigkeit, Einschränkungen zu erlassen. Dennoch gibt es auch hier schwarze Schafe: «Wir stellen fest, dass sich einzelne Besucher weigern, eine Maske anzuziehen. Das geht nicht. Wir müssen mit allen Mitteln verhindern, dass dieses Virus in Pflegeheime eingeschleppt wird», so Pedrazzini. Erfahrungen im Ausland hätten hier die verheerenden Auswirkungen gezeigt. Entsprechend müssten Maskenverweigerer aus den Einrichtungen verwiesen werden.

Angesprochen auf die Pflegeheime sprach Pedrazzini noch eine andere Problematik an: Es komme hin und wieder vor, dass Personen an COVID-19 erkrankten, die pflegebedürftig sind. Bislang müssten diese Personen dann im Landeshospital untergebracht werden, auch wenn der gesundheitliche Zustand dies gar nicht

erfordern würde. «Das Problem ist, diese Personen müssen in Isolation gepflegt werden. Momentan haben wir nur am Landesspital die Möglichkeit dazu», so Pedrazzini. Falls es plötzlich zahlreiche Patienten gebe, die im Spital behandelt werden müssten, würden die Pflegefälle notwendige Kapazitäten blockieren. Daher arbeite die Regierung derzeit an einer Lösung für isolationsfähige Pflegeplätze.

Ebenfalls sind Überlegungen für eine notfallmässige Erweiterung der Spitalkapazitäten im Gange. Hier war im Frühjahr das Pflegeheim Mauren vorgesehen. Dort sollten COVID-19-Patienten behandelt werden, wenn das Landesspital niemanden mehr aufnehmen kann. Nun jedoch arbeite die Regierung an einer kleineren Lösung. Dies, weil das nötige medizinische Personal für die 60 möglichen Betten im umfunktionierten Pflegeheim Mauren wohl ohnehin nicht ausreichen würde. So oder so werde es im Ernstfall nämlich personelle Engpässe geben. «Ich hoffe, dass dieser Fall nicht eintritt, wenn wir mit Disziplin und Verstand die Zahlen runterbringen», so Pedrazzini. (ds)